

UNSER



# Oberschlesien

St. Annaberg/OS

Themen dieser Ausgabe

- EU-Erweiterung und Minderheitenförderung.....7
- Beier und Czernek in Brüssel.....3
- Alfred Bartylla-Blanke: Geist, also Spiritus.....5
- Deutscher Anwalt in Breslau.....6
- SLD-Ovationen für Wojciech Jaruzelski.....7
- Bienek-Konferenz in Gleiwitz.....8

Nr. 13 (1258) 10. Juli 2003

Die größte deutsche Zeitung in Oberschlesien

53. Jahrgang 2,60- Euro 3 z1 (wtym 7% VAT)

## Neues Volk der Oberschlesier?

### Autonomisten erneut vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg wird erneut darüber verhandelt, ob polnische Gerichte den „Bund der Bevölkerung oberschlesischer Nationalität“ (ZLNS; Związek Ludności Narodowości Śląskiej) zulassen müssen oder nicht. Das Begehren wird von Mitgliedern der „Bewegung für die Autonomie Oberschlesiens“ (RAS) vorangetrieben, die Ende 1996 die Gründung des ZLNS in die Wege leiteten. Ihr Ziel ist die Anerkennung der Oberschlesier als eine von Polen anerkannte nationale Minderheit.

Der „Bund der Bevölkerung oberschlesischer Führung des Kattowitzer Kunstwissenschaftlers und heutigen RAS-Vorsitzenden Jerzy Gorecki. Im März 1998 scheiterte eine Gründungsgruppe von 109 Personen vor dem Obersten Gericht in Warschau mit der Registrierung des Verbandes, obwohl das Woiwodschaftsgericht in Kattowitz dem Antrag zunächst im Juni 1997 stattgab, dann aber offenbar auf politischen Druck hin wieder verwarf. Die Bemühungen der „oberschlesischen Oberschlesier“ und das erste, zunächst positive Urteil des Woiwodschaftsgerichts stießen damals in den Medien heftige Diskussionen an über das Für und Wider einer nationalen Gruppe von Oberschlesiern. Erstmals fand die kulturelle und sprachliche Besonderheit Oberschlesiens ein breites Interesse in den polnischen Zeitungen. Selbst Präsident Aleksander Kwasniewski griff in die Debatte ein und forderte eine Revision der zunächst positiven Richterentscheidung.

Daraufhin beantragte der ZLNS beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eine Überprüfung der polnischen Gerichtsentscheidung. Warschau wurde seitens der Autonomisten eine Verletzung der auch von Polen ratifizierten Menschenrechtskonvention des Europarates und eine Verletzung der von der polnischen Verfassung garantierten Organisationsfreiheit vorgeworfen. Allerdings gaben die Straßburger Richter den polnischen Gerichten vor zwei Jahren Recht (wir berichteten).

Am 2. Juli folgte nun das Widerrufsverfahren vor der Großen Spruchkammer des Gerichtshofs. Gorecki wertete die Zulassung des durch den ZLNS beantragten Widerrufs als großen Erfolg. In einer fast zweistündigen Anhörung befragten die Richter Gorecki als Vertreter der oberschlesischen Klägergruppe und die Delegierten der polnischen Regierung.

Die Richter zeigten sich nach Angaben des ZLNS überraschend gut vorbereitet. Im Vordergrund stand die Frage nach der Stellung des Oberschlesischen als Muttersprache. Während die polnischen Vertreter versuchten, die Bemühungen der regionalistischen Gruppe als wahltaktisches Mittel darzustellen, Zulassung als Minderheit die Fünf-Prozent-Hürde bei Sejmwahlen umgehen zu wollen, zeigten sich die Straßburger Richter tief beeindruckt über die jüngst bekannt gemachten Ergebnisse der Volkszählung in Polen, laut der überraschend 173.000 Personen angaben, oberschlesischer Nationalität zu sein.

Zudem überraschten die Oberschlesier mit einem Geheimpapier, das 1998 von Rechtsexperten der Mickiewicz-Universität in Posen im Auftrag des Präsidialamtes erstellt worden war. Die Expertise empfahl darin dem polnischen Präsidenten die Anerkennung einer oberschlesischen Minderheit, da alle Voraussetzungen für eine nationale eigenständige Bevölkerungsgruppe erfüllt seien.

Bartosz Swiderek, Leiter des RAS-Büros bei der Europäischen Union in Brüssel und Sprecher der „oberschlesischen Oberschlesier“, zeigte sich nach der Anhörung zufrieden. Die Chancen, daß diesmal ein anderes Urteil erwartet werden darf, seien deutlich höher als vor zwei Jahren. Die Chancen stünden Fünffzig zu Fünffzig. „Wir hoffen, daß das Gerichtsurteil viele Deklarationen und Konventionen zum Schutz der Nationalen Minderheiten berücksichtigen wird, vor allem das Rahmenübereinkommen zum Schutz von Nationalen Minderheiten des Europaparlamentes, welches Polen unterschrieben und auch ratifiziert hat.“

Mit einem Urteil der Großen Spruchkammer ist jedoch erst kurz vor Weihnachten zu rechnen. Sollten die Richter sich diesmal im Sinne der oberschlesischen Kläger entscheiden, wäre dies für das politische Warschau zwar ärgerlich, aber das bliebe dennoch ohne Konsequenzen. Für die polnischen Gerichte hätte der Straßburger Richterspruch lediglich einen empfehlenden Charakter, da jedes Land, das die Europäische Konvention für Menschenrechte unterzeichnet hat, nach wie vor selbst entscheiden kann, wen sie als nationale oder ethnische Minderheit anerkennt oder nicht.

Manfred Buchta (UO)



Das in Deschowitz stehende Denkmal für die Opfer der Jahrhundertflut im Opperland. Seit 1998 wird zum Gedenken an die Opfer der Hochwasserkatastrophe bei der Fähre zwischen Mechnitz und Deschowitz eine Messe gefeiert, so auch am 5. Juli 2003.

## VOLKSZAHLUNG 2002 IN POLEN

### Magie der Zahlen:

# 173.200, 152.900, 774.900

Die letztjährige Volkszählung in Polen erbrachte viel Verwirrendes bei der Frage, wie zahlenmäßig stark denn nun die Minderheiten tatsächlich sein würden. Denn zwischen den Angaben staatlicher Stellen, Minderheitenverbänden und allen möglichen „Experten“ divergierten die Zahlenangaben bisweilen ins Grotteskhafte. Aber nun sind selbst die größten Optimisten unter den Ethnologen und Soziologen enttäuscht, waren die jüngst vom Staatlichen Amt für Statistik (GUS) publizierten Ergebnisse doch für alle vollkommen überraschend (wir berichteten). Anstatt jetzt klüger zu sein, sind nach wie vor alle so wenig schlau wie zuvor. Und jeder kann sich das jetzt vorliegende Zahlenwerk nach seiner Façon selig zurechtinterpretieren.

Insgesamt 109 verschiedene Nationalitäten erbrachte die Volkszählung, darunter eine Menge von „Völkern“, die durch die polnische Regierung überhaupt nicht als solche anerkannt und eher mehr als „politische Folk-

lore“ betrachtet werden.

Aber trotzdem steht jetzt immerhin fest, daß 471.500 polnische Staatsbürger sich nicht als Polen betrachten, sondern als etwas anderes. Eine wahrhaftige Sensation ist zweifellos, daß nicht die Ukrainer oder die Deutschen die größte nationale Minderheit bilden sollen, sondern die Gruppe „Slazacy“, also die „oberschlesischen“ Oberschlesier. Ausgerechnet diese in Warschau und anderswo eher belächelte regionalistische Gruppe um die RAS, die bei Wahlen auf Landes- und Kommunalebene nie sonderlich große Erfolge feiern konnte, soll im Vorfeld der Volkszählung mit ihrer Kampagne für die Existenz einer oberschlesischen nationalen Minderheit so erfolgreich gewesen sein?

Zunächst die Fakten, die Zahlen der stärksten Minderheitengruppen in Polen: Schlesier beziehungsweise Oberschlesier 173.200, Deutsche 152.900, Weißrussen 48.700, Ukrainer 31.000, Zigeuner 12.900, Russen 6.100, Lemken 5.900, Litauer 5.800, Kaschuben 5.100, Slowaken 2.000, Juden 1.100,

### Unser Oberschlesien

#### Deutschland:

Brüderstraße 13, 02826 Görlitz  
Tel. (03581)410956, Fax 402231

#### Oberschlesien:

ul. Klasztorna 4, 47-154 Göra Sw. Anny  
Tel. und Fax. (077) 4615993

senforn@proximedia.de  
www.oberschlesien.de